

Die Protestversammlung gegen die Stilllegung der Mechernicher Werke

Mechernich, 27. April 1931

Ueber die gewaltige Kundgebung der Mechernicher Bürgererschaft gegen die drohende Stilllegung der Bergwerksbetriebe Mechernicher Werke haben wir bereits in der Samstagausgabe ausführlich berichtet.

Nach dem Referat des Herrn Bezirksleiter Schümmer richtete Herr Bürgermeister Dr. Gerhards ein kurzes Dankwort an den Redner. Nunmehr sprach Herr Landtagsabgeordneter Hebborn, Solingen. Mit reichem Zahlenmaterial vermochte er die Bevorzugung des Ostens gegenüber den westlichen Grenzgebieten klar darzulegen. Er bezeichnete es als unverantwortlich, daß für den Westen, der während Jahrzehnte bittersten Ringens keine treu-deutsche Gesinnung gezeigt und nun am Rande seiner Kraft angelangt sei, keine größeren Mittel bewilligt worden wären. Nunmehr habe er (Medner) die Icherzeugung, daß heute, wo die gesamte Bevölkerung ohne Unterschied der parteilichen oder konfessionellen Bindung wie in Mann aufgestanden sei, die Staats- und Reichsregierung an durchgreifenden Maßnahmen nicht mehr vorbeikommen könnten.

Herr Kallscheid (Viblar), legte dar, daß schwerlich Zahlen dazu ausreichen, die Lage, die nach der Stilllegung der Mechernicher Werke eintreten würde, zu schildern. Keine andere Industrie könne die Arbeiter aufnehmen. Der gewerbliche Mittelstand sei direkt abhängig.

In das Mechernicher Gebiet würde das Elend seinen Einzug halten, wie man es bis dahin nirgendwo gekannt hätte.

Er glaube, daß es nicht erforderlich sei, derartige Kundgebungen abzuhalten, wenn unter Bleibergwerk in Frankreich liege. Bis jetzt seien Darlehen gegeben worden, deren Verzinsung von dem Unternehmen verlangt würden. In Mansfeld dagegen habe man Zuschüsse bewilligt, die den Verlust ausgleichen und eine Stilllegung verhindern könnten. Auch für Mechernich müßten derartige Zuschüsse erreicht werden, damit nicht doch in absehbarer Zeit die Stilllegung des Werkes Tatlache würde. Er erinnere die Regierungen aller Schattierungen, die in dem vergangenen Jahrzehnt die Opferbereitschaft des Westens anerkannt hätten, an ihre Verpflichtungen.

Herr Simon vom Allgemeinen Bergarbeiterverband führte aus, daß es eine Notwendigkeit bedeute, die Wirtschaft mit allen erreichbaren Mitteln wieder anzukurbeln.

Die Erhaltung des Bleibergwerks in Mechernich bedeute die Erhaltung der Kaufkraft der Bevölkerung überhaupt und sei damit Lebensfrage eines ganzen Gebietes.

Die Arbeiterschaft habe die größten Opfer gebracht und es sei eine Unmöglichkeit, auch nur im entferntesten an eine weitere Lohnsenkung zu denken.

Herr Schindler (Mechernich) nahm als ehemaliger Arbeiter der G. M. W. zu der drohenden Stilllegung Stellung. Unmöglich würde es sein, die Bergwerksbetriebe nach einer Stilllegung wieder vor dem Erlöschen zu retten. Einmütig stände die Arbeiterschaft mit allen Bevölkerungsschichten jetzt in dem Augenblick zusammen, wenn es sich um die brennendste Lebensfrage unserer Heimat handele.

Herr Anton Müller (Mechernich) sprach als Vertreter des gewerblichen Mittelstandes. Auch der gewerbliche Mittelstand habe Opfer gebracht, als es galt, die Heimat vor dem Ruin zu retten. Nunmehr aber dürfe man die Einsicht der Regierung fordern, der man vollstes Vertrauen entgegenbrächte.

Herr Zahbender (Bonn) anerkannte die reiflose Einmütigkeit der gesamten Bevölkerung jetzt im Augenblick der Not. Hierin erblicke er die Stärke, der sich auch unsere Regierung nicht verschließen könne.

Herr Dr. Venze, Vorführer der Zentrumspartei des Kreises Schleiden, gab eine Entschliessung bekannt, die an die maßgebenden Stellen weitergeleitet werden soll.

Die Versammlung war eine machtvolle Kundgebung gegen das Gespenst des Wirtschaftsruins, das drohend über unserer Heimat hängt.

*

Zu Beginn der am vergangenen Freitag stattgefundenen großen Kundgebung in Mechernich sprach Herr Bürgermeister Dr. Gerhards der Reichs- und Staatsregierung den herzlichsten Dank aus für die bisherige

verständnisvolle Behandlung des Grenzlandes. Er danke besonders auch den rheinischen Abgeordneten und den Führern der Berufsorganisationen, die sich für die Erhaltung unseres heimischen Erzbergbaues eingesetzt hätten. Die Tatlache der bisherigen Behandlung habe das Vertrauen der gesamten Bevölkerung zu unserer Regierung gestärkt. Der Eintragung zum Volksbegehren hätten zwei Duzend hier in unserer Gemeinde mit 7000 Einwohnern Folge geleistet. Das sei wohl der beste Beweis des vollsten Vertrauens. Und deshalb hoffe man jetzt auch auf das Vertrauen der Regierung. Das Ergebnis der großen Kundgebung war folgende

Entschliessung:

Die durch den Stilllegungsantrag der Gewerkschaft Mechernicher Werke hervorgerufene Beunruhigung der gesamten Bevölkerung des Mechernicher Wirtschaftsgebietes, die sich in all ihren Schichten in ihrer Existenz bedroht sieht, gab am 24. April 1931 zu einer Massenkundgebung Anlaß, in der Reich und Staat um Hilfe für ein versinkendes Grenzgebiet gebeten wurden.

Die von Arbeiterführern, Abgeordneten wie den Vertretern aller Berufe in voller Einmütigkeit vorgetragenen dringenden Bitten um raschste Unterstützung des Eisenerzbergbaues wurden im einzelnen wie folgt begründet:

1. Der Mechernicher Bleierzbergbau wird bei einem Vorkommen von 860 000 Tonnen noch für eine Förderung auf 60 Jahre ausreichen. Es stellt ein Volksvermögen von 230 Millionen Mark dar, dessen Verlust als unermesslicher Schaden für die an Erzen so arme deutsche Wirtschaft nicht tragbar wäre.

2. Die jährliche Gewinnung von 10 000 Tonnen Handelsblei, als einem Fünftel deutscher Bleigewinnung, müßte bei Stilllegung und einem endgültigen Verkauf der Grube jährlich aus dem Auslande bezogen werden.

3. In sozialer Hinsicht bedeutet die Stilllegung: Während diese 10 000 Tonnen Blei vom Auslande bezogen, also mit deutschem Gelde ausländische Arbeiter beschäftigt werden, verfallen gleichzeitig 1000 heimische Arbeiter dem dauernden Elend der Erwerbslosigkeit, da nah und fern keine Arbeitsmöglichkeit besteht.

4. Die hierdurch entstehenden jährlichen sozialen Lasten stehen in keinem Verhältnis zu der notwendigen Subvention.

5. Erst recht stehen die so notwendigen Reichs- und Staatskredite in gar keinem Verhältnis zu den finanziellen Verlusten, die Reich und Staat und soziale Körperschaften erleiden:

Das Reich verliert die bisherigen Kredite von über 2 Millionen Mark, durch die Neuanlagen zwecks Senkung der Gestehungskosten geschaffen wurden.

Die deutsche Reichsbahn- und Postverwaltung erleiden eine Einbuße von 244 000 Mark.

Beitragsausfall und Mehrbelastung bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ergeben den Betrag von 405 000 M., während für die Träger der Sozialversicherung die gleiche Summe 480 000 Mark beträgt.

Der Steuerausfall für das Reich beträgt 153 000 Mark, für den Staat 23 000 Mark, für Gemeinden und Gemeindeverbände 40 000 Mark und deren Mehrbelastung 279 000 Mark. Gleichzeitig verliert das Kreis-Elektrizitätswerk den Abnehmer, der zwei Drittel der gesamten Strommenge bezieht.

6. Für das westliche Grenzgebiet bedeutet das endgültige Erliegen des Eisenerzbergbaues die weitere Verdrängung der linken Rheinseite und damit die Verelendung eines Grenzgebietes, dessen Existenz wie nirgendwo mit dem Fortbestehen dieses industriellen Unternehmens verknüpft ist. Unfassliche Verbitterung käme über eine Bevölkerung, die bisher anerkannt treu-deutsche Grenzwehr hielt.

Katholischer Jungmännerverein Mechernich Wochenplan:

(Wache vom 26. April bis 3. Mai 1931.)
Montag: 8 Uhr im Katholischen Vereinshaufe Turnstunde.
Mittwoch: 7.30 Uhr Sturmsharbing der Jungenschaft.
8.15 Uhr: Sturmsharbing der Jungmannschaft.
Donnerstag: 6.45 Uhr Rollabend der Schülergruppe.
Freitag: 8 Uhr P. D. S.